

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

zu der vereinbarten Debatte

Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ebola-Epidemie in mehreren Ländern Westafrikas ist laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit derzeit 2 622 Toten und über 5 335 (Stand: 18.09.2014) diagnostizierten Fällen der schwerste Ausbruch seit Entdeckung des Virus im Jahre 1976. Momentan sind vor allem die Länder Sierra Leone, Liberia und Guinea betroffen. Insbesondere in Liberia und Sierra Leone steigt die Zahl der Verdachts- und Todesfälle weiterhin stark an. Eine größere Ausbreitung des Erregers auf die Nachbarregionen ist nicht auszuschließen. Der Ebola-Ausbruch überfordert die Möglichkeiten einer medizinischen Versorgung in den betroffenen Ländern und droht mühsam errungene Entwicklungsfortschritte zunichte zu machen.

In Liberia und Sierra Leone herrscht mittlerweile offiziell der Ausnahmezustand. In den betroffenen Regionen sind Quarantäneregeln und Ausgangssperren in Kraft, welche von Sicherheitskräften überwacht werden. Wegen des Ausnahmezustandes kann – in beiden von Bürgerkriegen ohnehin geschwächten Ländern – auch die Versorgung mit Basisgesundheitsdiensten nicht mehr gewährleistet werden. Darüber hinaus hat der akute Lebensmittelmangel in vielen Behandlungseinrichtungen bereits mehrfach zu Ausschreitungen geführt und Infizierte aus den Krankenhäusern fliehen lassen.

Die Bekämpfung der Epidemie wird durch eine Reihe von Faktoren erschwert. Vor Ort sind keine ausreichenden Behandlungskapazitäten vorhanden, was auch auf die nicht vorhandene flächendeckende Gesundheitsversorgung zurückzuführen ist. Hilfsorganisationen können bedingt durch Grenzsicherungen und stornierte Flüge dringend benötigte Medikamente und Ausrüstung oft nicht liefern. Hinzu kommt eine unzureichende Aufklärung der Bevölkerung über die Ansteckungsgefahr, insbesondere im Zusammenhang mit der Tradition der Totenwaschung. Viele Erkrankte weigern sich, sich in Krankenhäusern einer Behandlung zu unterziehen und stecken damit andere Menschen an. Hinzu kommen enge wirtschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den betroffenen Ländern und eine große Mobilität der Bevölkerung in Westafrika über Landesgrenzen hinweg, durch welche die Erkrankung über große Teile von Guinea, Sierra Leone und Liberia verbreitet

wurde. Ein weiteres Problem ist fehlendes Vertrauen von Teilen der Bevölkerung in die Helferteams. So ist es vereinzelt auch zu gewalttätigen Übergriffen auf Helfer gekommen. Darüber hinaus haben sich bereits viele Mitarbeiter von lokalen und internationalen Gesundheitseinrichtungen angesteckt. Es sind bereits Tote unter dem medizinischen Personal zu beklagen.

Die Vereinten Nationen gehen momentan von Gesamtkosten in Höhe von etwa 1 Mrd. US-Dollar für die Bekämpfung der Epidemie aus. Die Weltgesundheitsorganisation und der VN-Sonderkoordinator David Nabarro koordinieren derzeit die internationalen Bemühungen, die Epidemie einzudämmen und den Erkrankten die benötigte Hilfe zukommen zu lassen. Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ und spezialisierte Forschungsinstitute leisten entscheidende Arbeit bei der Behandlung und Eindämmung vor Ort. Mit der „Ebola-Response Roadmap“ verfolgt die WHO das Ziel, innerhalb eines Zeitraumes von sechs bis neun Monaten die Übertragung von Ebola zu stoppen und eine weitere internationale Verbreitung des Virus zu verhindern. So sollen flächendeckende Reaktionen auf Infektionsfälle in den am stärksten betroffenen Ländern entwickelt werden und die Sicherstellung von Nothilfe und umfassenden Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung und -verhütung in den Ländern erfolgen, in denen es bisher nur einzelne und lokal begrenzte Infektionen gibt. Die Kapazität aller Länder soll gestärkt werden, um Infektionsfälle schnell zu identifizieren und darauf in angemessener Weise zu reagieren. Dabei ist der Fokus auf Länder gerichtet, die an ein Gebiet mit hoher Infektionsdichte grenzen oder Drehkreuze des internationalen Transportwesens sind.

Neben den gesundheitlichen Aspekten birgt die Epidemie auch schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen für die Region, die in ihrer Dimension derzeit noch nicht ansatzweise absehbar sind. Der UN-Sicherheitsrat hat die Epidemie als „Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ eingestuft. Schätzungen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass bereits jetzt etwa eine Million Menschen von den Folgen des Ebola-Ausbruchs betroffen sind. So wurden beispielsweise wegen der Epidemie Ende Juli dieses Jahres in Liberia alle Schulen geschlossen. Ganze Wirtschaftsbereiche, wie z. B. der Landwirtschafts- und der Minensektor, stehen unter enormen Druck, weil Arbeiter die von Ebola bedrohten Regionen verlassen. Die Lebensmittelpreise in der Region sind bereits im August dieses Jahres um bis zu 150 Prozent gestiegen; das UN-Welternährungsprogramm warnt vor einer Lebensmittelkrise für rund 1,3 Millionen Menschen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat erst jüngst vor den wirtschaftlichen Folgen der Epidemie in Westafrika gewarnt. So wurde beispielsweise für Sierra Leone die Prognose für das Wirtschaftswachstum um mehrere Prozentpunkte gesenkt.

II. Der Deutsche Bundestag dankt allen vor Ort arbeitenden Helfern, insbesondere denen der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, für ihren unermüdlichen Einsatz für die Rettung von Menschenleben.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. den bislang geleisteten deutschen Beitrag zur Bekämpfung der Epidemie;
2. die darüber hinaus vereinbarten umfangreichen Maßnahmen für eine Bekämpfung der Ebola-Epidemie, wie sie in der Ressortbesprechung der Staatssekretäre am 19. September 2014 festgelegt wurden;

3. die Ankündigung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die finanzielle Hilfe Deutschlands für die Maßnahmen der WHO in der Krisenregion auf 10 Mio. Euro anzuheben, um damit die Versorgung der Ebola-Kranken mit Medikamenten sowie die Aus- und Fortbildung und Gewinnung von medizinischem Personal zu verbessern, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen zu unterstützen und die Koordinierung der vielfältigen Maßnahmen vor Ort zu stärken;
4. die Entscheidung des Auswärtigen Amts, die Hilfen für die betroffenen Länder um weitere 5 auf insgesamt rund 7 Mio. Euro aufzustocken;
5. dass die Bundesregierung auch das Thema Ebola im Rahmen ihrer G7-Präsidenschaft beim G7-Außenministertreffen am 25. September 2014 in New York auf die Tagesordnung setzen wird;
6. die Bereitstellung von bisher insgesamt 150 Mio. Euro zur Bewältigung der Epidemie durch die Europäische Union, wovon Deutschland einen Anteil von etwa 30 Mio. Euro trägt;
7. dass die Bundeswehr eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern aus Deutschland und der EU einrichtet sowie eine Krankenstation zur Verfügung stellt;
8. die Untersuchung eines Impfstoffkandidaten im Oktober 2014 in einer ersten Studie am Menschen am „Centre de Recherches Médicales de Lambaréné“, Gabun unter der Koordination des Instituts für Tropenmedizin der Universität Tübingen als einen Beitrag zur Ebolabekämpfung;
9. die Förderung entsprechender Forschungen, insbesondere der Arbeit des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNIT) in Hamburg zum Auf- und Ausbau einer modernen Infrastruktur zur Diagnostik von Ebola-Viren sowie die Arbeit des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF);
10. die Entsendung deutscher Experten des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin und des Robert-Koch-Instituts (RKI) in die Krisenregionen zur Verbesserung der Ebola-Diagnostik in den betroffenen Ländern;
11. die geplante Ausbildung von einheimischem medizinischem Fachpersonal für den Umgang mit hochinfektiösen Patienten über spezielle Trainingsprogramme;
12. die Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern durch Deutschland mit jährlich ca. 700 Mio. Euro;
13. die kurzfristig aufgenommenen Maßnahmen zur Aufklärung über Ebola und zur Verhinderung einer Infizierung durch einige vor Ort tätige und aus Mitteln der Bundesregierung finanzierte Trägerorganisationen.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den deutschen Beitrag an die WHO, „Ärzte ohne Grenzen“ und andere geeignete Organisationen im Falle einer Ausweitung der Epidemie im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel erneut zu erhöhen;
2. in ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Afrikas – auch im Sinne des Präventionsgedankens – Aufklärungs- und Hygienekampagnen sowie den

- Ausbau von Gesundheitssystemen und damit verbundenen Patientendatenbanken noch stärker in ihre bilateralen Vereinbarungen im Gesundheits- und Bildungsbereich zu integrieren;
3. die Fördermöglichkeit der klinischen Prüfung eines Impfstoffes gegen Ebola sowie der Grundlagenforschung für eine Therapie von Ebola-Infektionen zu prüfen;
 4. zu prüfen, ob in Einrichtungen des Bundes medizinisches Gerät, wie beispielsweise Laboreinrichtungen, Atemschutzmasken, Quarantänestationen oder Sauerstoffgeräte, vorhanden ist, das den betroffenen Ländern zur Verfügung gestellt werden kann;
 5. in Absprache mit den europäischen Partnern und der WHO zu prüfen, ob Flugkapazitäten für den Transport von medizinischen Geräten, Medikamenten und medizinischem Personal ausgebaut werden können;
 6. sich im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen dafür einzusetzen, dass die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Ebola-Krise insgesamt erhöht und diese Bemühungen gegebenenfalls durch eine internationale Konferenz zu verstärken;
 7. sich dafür einzusetzen, nationale Krisenreaktionskräfte in geeigneter Weise zu unterstützen, damit diese in akuten Krisensituationen Isolationsgebiete, Quarantänazonen und Krankenhäuser überwachen und sicherstellen, dass Infizierte ausfindig gemacht werden, in medizinische Behandlung kommen und dort verbleiben;
 8. die betroffenen Länder unter maßgeblicher Einbeziehung der internationalen Finanzierungsinstitutionen und der EU-Kommission bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Ebola zu unterstützen.

Berlin, den 23. September 2014

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion

Thomas Oppermann und Fraktion